



Engagiert diskutiert haben die Vertreter der für den Rat der Stadt kandidierenden Parteien gestern Abend im Saal der Volkshochschule. Bei der zweiten Wahl-Debatte, zu der die „Wilhelmshavener Zeitung“, „Radio Ja-

de“ und die VHS einluden, ging es – moderiert von Markus Pettelkau (links) und Ursula Große Bockhorn (6.v.li.) um die Zukunft des Klinikums und um die Bereiche Soziales und Jugend. Es sprachen (von

links): Florian Wiese (Linke), Dr. Michael von Teichman (FDP), Michael von den Berg (Grüne), Frank Uwe Walpurgis (UWG), Rainer Büscher (WBV), Anja Sanchez Mengeler (Die Partei), Udo Striess-Grubert

(Freie Wähler), Mariola Szadkowski (Basu), Uwe Reese (SPD), Werner Sabisch (Leiter der VHS) und Stephan Hellwig (CDU). Ein ausführlicher Bericht folgt in der morgigen Ausgabe.

WZ-FOTO: GABRIEL JÜRGENS

„Brauchen eine größere Polizeipräsenz“

POLITIK Kreisverband der Alternative für Deutschland (AfD) stellt ihr Programm zur Kommunalwahl vor

Erstmals tritt die AfD bei der Kommunalwahl an. Die Partei will Wilhelmshaven attraktiver machen – und setzt dabei u.a. auf mehr Bürgerbeteiligung.

WILHELMSHAVEN/HL – „Wir wollen Wilhelmshaven attraktiver machen“, bringt Achim Postert (Esens), Kreisvorsitzender der Partei Alternative für Deutschland (AfD), das kommunale Ziel auf den Punkt. Erstmals bewerben sich Kandidaten dieser Partei um Sitze im Rat der Stadt. Unter ihnen Prof. Dr. Lothar Preuß und Thorsten Moriß, die gemeinsam mit Postert im Gespräch

mit der WZ das Wahlprogramm vorstellten. Aktuell habe der Kreisverband 55 Mitglieder, die meisten von ihnen in Wilhelmshaven, so Postert. Man habe kein Verständnis dafür, generell in die „rechte Ecke“ gestellt zu werden, betonten alle drei.

Mehr Bürgerbeteiligung, Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, Steuersenkungen, Sanierung der vorhandenen Infrastruktur oder Verbesserung des Freizeitangebotes: Das findet sich so oder ähnlich tatsächlich auch bei anderen der für den Rat kandidierenden Parteien wieder.

Punkten will die AfD jedoch ganz besonders beim

Thema Innere Sicherheit. „Hier drückt uns der Schuh, wenn wir auf die Kriminalstatistik in Wilhelmshaven schauen“, sagte Lothar Preuß.



Er selbst fühle sich ebenfalls unsicher an bestimmten Orten – und setze deshalb auf einen „Kleinen Waffenschein“; dann könne er sich

bei einem Überfall zur Wehr setzen, so der 74-Jährige.

Die Forderung der AfD für Wilhelmshaven: „Wir brauchen eine größere Polizeipräsenz, auch Beamte in zivil sollten an Brennpunkten verstärkt unterwegs sein.“ Das Land habe jedoch bei der Polizei zu sehr gespart; nun müsse man eben der Landesregierung Druck machen, um das zu ändern. „Außerdem wollen wir mehr Videokameras einsetzen, um mögliche Straftaten besser verfolgen zu können“, ergänzte Achim Postert. Die AfD möchte zur Erhöhung der Sicherheit zudem einen Arbeitskreis etablieren, in dem Polizei, Beamte der Stadt, Fachleute und Ratsmitglieder

Maßnahmen beraten und schnell umsetzen können.

Auf Bundesebene hat die AfD zuletzt vor allem mit fremdenfeindlichen Äußerungen und parteiinternen Querelen von sich reden gemacht. Sie zieht übrigens derzeit vor allem Männer, Bürger in den neuen Bundesländern, Personen mit geringer und mittlerer Bildung, Arbeiter und Arbeitslose sowie junge Personen unter 30 Jahren an. Das geht aus einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) hervor, die gestern in Berlin vorgestellt wurde.